

Rettungsdienst

Es ist sehr bemerkenswert, dass sich hier der Hauptausschussvorsitzende von der demokratisch gefassten Beschlussempfehlung des Hauptausschusses distanziert. Umso mehr freut sich die linke Kreistagsfraktion, dass unser guter Rettungsdienst endlich auf sichere Beine gestellt wird. Das schulden wir ihm auch, seinen Beschäftigten und den Bürgerinnen und Bürgern im Kreis Segeberg.

Als meine Fraktion am 9. Oktober 2009 erstmalig in diesem Kreistag mit einer Verlängerung der damals schon provisorischen Rettungsdienst-Verträge konfrontiert war, sah es für die Beschäftigten noch düster aus. Beim KBA gab es weder Betriebsvereinbarungen noch einen Tarif und beim Roten Kreuz glänzte auch nicht alles, was rot ist. Leider waren die Verträge damals für uns kein Hebel, um auch bessere Arbeits- und Entlohnungsbedingungen durchzusetzen.

Während den Kolleginnen und Kollegen beim KBA heute immer noch ein anständiger Tarif vorenthalten wird, haben sich die beim DRK seitdem zwar vieles errungen, was aber mit der juristisch wackeligen Vertragslage hoch gefährdet ist. Das wollen wir ändern.

Als Linke empfinden wir gegenüber den Kolleginnen und Kollegen eine ganz besondere Verantwortung. Sie können ganz sicher sein, dass wir diesen Ruf nicht verspielen wollen. Den Übergang werden wir eng begleiten. Die Argumente, die am Status quo festhalten wollen, haben entweder nicht überzeugt, sich in Luft aufgelöst oder werden von den Vorteilen der Neuausrichtung weit in den Schatten gestellt.

Hierzu möchte ich aus der Präambel des Personalüberleitungsvertrages für die Rettungsdienste vom 26. November 2004 zwischen den Kreisen Pinneberg, Dithmarschen und Rendsburg-Eckernförde, dem kommunalen Arbeitgeberverband, und der vereinigten Dienstleistungsgewerkschaft Verdi zitieren: Anlage

Zitat Ende. **Das, und der gesamte Vertrag** klingt nicht nur wie Musik in linken Ohren, sondern hat bisher auch gut geklappt. Damit waren unsere Nachbarkreise dem Kreis Segeberg um Längen voraus. Von diesem Erfolgsmodell wollte auch der Kreis Steinburg profitieren und ist 2007 der gemeinnützigen Kooperative RKiSH beigetreten. Der Kreis Segeberg wird nun der fünfte und sicher nicht der letzte Einsteiger sein.

Die linke Kreistagsfraktion wird der Vorlage 244 uneingeschränkt zustimmen. Alle Kreistagskolleginnen und Kollegen, die bis jetzt noch abseits standen bitte ich, sich gleich der Zustimmung doch noch anzuschließen.

Nun liegt uns heute ganz frisch der Wunsch des Betriebsrates vor, die Frist auf 3 Jahre zu verlängern, während uns viele Rettungssanitäter bitten, auf ein Jahr zu verkürzen. Die Entscheidung kann nur 2 Jahre sein, wie die Verwaltungsvorlage und die Hauptausschussempfehlung es fordert. Sie hätten sich einigen sollen, aber keine Angst, wir passen auf, es wird klappen.

- nachfolgend "ver.di" genannt -

wird nachfolgender Tarifvertrag geschlossen:

Präambel

Die oben genannten Kreise sind Träger des Rettungsdienstes im jeweiligen Kreis. Sie beabsichtigen den Rettungsdienst und den Krankentransport in eine GmbH einzubringen. Grundlage dafür sind die entsprechenden Beschlüsse der drei Kreistage. Neben dem Gesellschaftervertrag wird dazu ein Vertrag über die Übertragung der Durchführung für die Sicherstellung des Betriebes (Durchführungsvertrag) abgeschlossen. Absicht ist, dass die Arbeitnehmer* hierdurch in die Lage gesetzt werden, sich ohne Angst um ihre Arbeitsplätze oder Besitzstände auch künftig bei der Übernehmerin motiviert einzubringen.

Die Umstrukturierungen dienen der Steigerung der Leistungsfähigkeit und der Qualität der Notfallversorgung und des Krankentransportes der Bevölkerung und damit der nachhaltigen Sicherung von Arbeitsplätzen, sowie dem Wunsch der Vertragsparteien, den Verbleib des Rettungsdienstes und des Krankentransportes der Kreise in öffentlicher Trägerschaft auch zukünftig sicherzustellen. Vorrangig sollen Arbeitsplatz sichernde Maßnahmen durch Insourcing vorgenommen werden.

Verwendete Form

* Soweit im Text aus Gründen der Lesbarkeit die männliche Form (z. B. Mitarbeiter) verwendet wird umfasst diese auch die weibliche Form

§ 1

Geltungsbereich

Anlage:

Antrag Personaluntersuchung

Der CDU Antrag geht davon aus, dass die Verwaltung einem enormen und dauerhaften Wachstum unterliegt und sich deshalb die Effizienzfrage stellen würde.

Diese Effizienzfrage stellt sich der linken Kreistagsfraktion nicht, denn ein Blick in die letzten 10 Haushalte zeigt, dass der Anteil des Personalaufwandes am Gesamthaushalt seit 10 Jahren unverändert bei knapp über 11 % liegt.

Und das trotz enorm steigendem Aufgabenzuwachs, überbordender Fallzahlsteigerung und jährlicher Lohnerhöhung! Daraus ergibt sich, dass die Leistungsfähigkeit der Verwaltung von Jahr zu Jahr gestiegen ist, und sie heute effizienter arbeitet, als jemals zuvor.

Der CDU Antrag ist deshalb in der Sache unbegründet, und abzulehnen.

Wir stimmen aber zu, dem Landrat für künftige speziellen Herausforderungen, z.B um den steigenden Fachkräftemangel zu begegnen, ein Untersuchungsbudget von bis zu 50.000 € zur Verfügung zu stellen.

Lassen sie mich bitte bei dieser Gelegenheit ohne Antrag mal einen konstruktiven Vorschlag machen, der die immer wiederkehrenden unschönen Personal- und Kostendeckeldebatten erübrigt, oder ganz wesentlich strafft. Dass die Personalkosten quote seit 10 Jahren stabil bei 11% liegt, hatten wir Ihnen in einer Tabelle belegt, die sowohl Quoten, wie auch absolute Werte aller Aufwandsgruppen darstellt, und deren Zahlen aus den Aufstellungen der Jahreshaushalte etwa auf Seite 60 entstammen. Die Tabelle liegt der Niederschrift vom 46. Hauptausschuss bei. Wer von uns ist denn wirklich kompetent, jede einzelne der 592 Stellen sicher beurteilen zu können?

Was halten sie davon, diese 11 % auch als künftige Richtquote am Gesamthaushalt anzusehen und erst dann in intensive Beratungen einzusteigen, wenn der LR signalisiert, dass sich eine deutliche Steigerung der Quote, etwa über 1/2 % hinaus abzeichnet?

Infrastruktur-Zukunftsprogramm

Die CDU hat ein 100 Millionen Euro Versprechen in die Welt gesetzt, und breit über die Medien publiziert. Dort war auch zu lesen, dass sie das mit 2% Kreisumlage finanzieren will. Daraus lässt sich leicht errechnen, dass dann der Hebesatz über den Regelbedarf des Kreises hinaus 16 Jahre lang um 2% höher ausfallen muss. Gleichzeitig sehe ich hier heute aber einen CDU Antrag für nachher, dass der Hebesatz um 2 % **gesenkt** werden solle. Jetzt bin ich doch etwas irritiert.

Klar ist: Die linke Kreistagsfraktion ist nicht dafür zu haben, die Kreisschulden zu verdreifachen. Wir wollen kein 100.000 € schweres Vorabgutachten und vieles, was die CDU in ihrem sog. Infrastrukturförderprogramm vorschlägt, sind weder Kreisaufgaben noch Investitionen soweit sie nicht ausschließlich kreiseigene Infrastruktur betreffen.

Dennoch sind wir bereit ins Gespräch zu kommen um Sinnvolles herauszufiltern. Das setzt voraus, dass wir hier gleich der Beschlussempfehlung des 47. Hauptausschusses folgen, der ja schon viel weiter ist als der überholte CDU Vorschlag, denn die vernünftigen Vorschläge der Fraktionen von SPD und FDP und der Vorschlag des Landrates, sowie die Lenkungsgruppe gemäß Beschlussempfehlung vom 48. Hauptausschuss zeigen in die richtige Richtung.

Dabei wird die linke Kreistagsfraktion diejenigen Maßnahmen präferieren, die

- 1) **der kommunalen Familie zu Gute kommen und**
- 2) **das Eigentum des Kreises mehren und**
- 3) **künftigen Aufwand senken**

Dazu gehört sicher nicht ein Wlan für alle, Flächendeckend und umsonst, auch wenn es sich wie eine linke Utopie von Vorgestern anhört, denn das würde die jetzt bestehenden Netze ruinieren.

Wir sollten auch noch mal darüber nachdenken ob es wirklich sinnvoll wäre, einen Radschnellweg (so richtig er auch sein mag) zwischen den finanzstärksten Kommunen Norderstedt, Henstedt-Ulzburg und Kaltenkirchen letztlich über die Kreisumlage von den anderen kreisangehörigen Gemeinden mit finanzieren zu lassen.

Kreisumlage

Kollege Schnabel (FDP) liegt völlig richtig: Haushaltsplan nebst prognostiziertem Ergebnis sind erfreulich, wenn es denn auch Kassenwirksam wäre.

Kameralistik ist vollendete Vergangenheit. Trotzdem wird der Ergebnisüberschuss hier immer noch verkürzt als Überschuss empfunden als hätten wir ihn am Ende der Periode 2017 zusätzlich im Sack und könnten ihn jetzt schon verteilen. Das können wir nicht, denn er ist nur eine Prognose, wie groß unser Eigentumsanteil an bestehenden Straßen und Liegenschaften gewachsen, bzw. der Eigentumsanteil der Banken, sprich unsere Schulden gesunken sein könnte, wenn denn der Plan auch eingehalten wird.

Das hektografierte Antwortschreiben der Gemeinden zur Anhörung über die Kreisumlage geht sogar noch einen Schritt weiter. Dort wird in direktem Bezug wörtlich behauptet: "der Überschuss entspricht einem Umlagehebesatz von ca. 3,84 %" womit prompt auch die Forderung nach bis zu 3 % Senkung begründet wurde.

Diesen Zusammenhang so absolut herzustellen, hält die linke Kreistagsfraktion für völlig absurd. Vielmehr beeinflusst der Hebesatz unmittelbar unsere Liquidität und der aktuellen Finanzplanung entnehmen wir, dass dieselbe eigentlich beabsichtigte Sondertilgungen in weite Ferne rückt.

Wie Sie in der aktuellen Änderungsliste zum Gesamtfinanzplan sehen, ist der Kreis nämlich blank. Deshalb hält die linke Kreistagsfraktion es für unverantwortlich, den Hebesatz der Kreisumlage auch nur um ein einziges % zu senken, denn das würde bedeuten, zur Bank zu gehen, über den Kreditbedarf hinaus 3 weitere Millionen zu leihen um sie dann per Gießkanne auszuschütten.

Das macht die linke Kreistagsfraktion keinesfalls mit, denn es wäre für den Kreis eine teurere Symbolik, macht aber lediglich die finanzstarken Gemeinden noch reicher, während es für andere ein Tropfen auf den heißen Stein bleibt. Wir haben nachgerechnet: die 63 finanzschwächsten Gemeinden im Kreis würden bei 1 % Senkung gerade mal durchschnittlich jeweils € 4.936,- erhalten.

Statt Umlagensenkung sollten wir uns lieber auf das Infrastrukturzukunftsprogramm konzentrieren und es baldmöglichst starten.

Personal Stellenplan Haushalt und Personaldeckel

Den Beschlüssen des 47. Hauptausschusses zum Stellenplan folgen wir. Dabei war auch ein Vorschlag der CDU zu den 4 sozialpädagogischen Assistenzen, den wir allerdings noch gegen die CDU durch eine Entfristung veredelt haben. Die von der FDP beantragte Ing. Stelle Tiefbau halten wir ebenfalls für sinnvoll, wie auch die von der Verwaltung vorgeschlagenen Stellen für Gesundheitsplanung, zentraler Vergabestelle, Büro für Chancengleichheit und Bereichsbüro A. Für den Rest gab es ja schon Konsens.

Für das Rekrutierung wünschen wir schon mal viel Erfolg. Wenn dabei, und bei anderen Nachbesetzungen Verzögerungen entstehen, darf der LR die Einsparungen gern als internen Personalkostendeckel bezeichnen. Ein darüber hinaus gehendes Zwangskorsett, wie es immer gern in letzter Minute beantragt wird, lehnen wir ab

Ergebnis und Finanzplan und Haushaltsatzung

Im Übrigen stimmen wir dem Ergebnis- und Finanzplan sowie der Haushaltssatzung zu, **wenn** den Hauptausschussempfehlungen gefolgt wird, der Hebesatz der Kreisumlage bei 36,25 % verbleibt und ein zusätzlicher Personalkostendeckel nicht eingezogen wird.